

A decorative graphic consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of a map of Europe.

## Pro-europäisch trotz schmerzhafter Einschnitte

Die Rumänen schieben die Verantwortung  
für die Krise nicht auf die EU

**CIPRIAN ȘIULEA**  
Dezember 2011

- Die Rumänen schieben die Schuld an der Krise eher den eigenen Politikern zu als dem »Westen« bzw. der Europäischen Union und eher generell der Politik als den Banken. Sie setzen großes Vertrauen in die EU, die durch die Krise verursachten Probleme lösen zu können.
- Aus Umfragen geht hervor, dass Enttäuschung, Besorgnis und Ängste weit verbreitet sind. Auch wenn die Wirtschafts- und Finanzkrise in Rumänien sehr viel abgeschwächer war als in anderen europäischen Ländern, werden die Probleme in Bezug auf den Arbeitsmarkt, das Gesundheitswesen, die soziale Absicherung und Altersversorgung fast als katastrophal bewertet. Hier sind die Befürchtungen ähnlich wie in Griechenland und sehr viel höher als im restlichen Europa.
- Trotz dieser heftigen Auswirkungen der Krise auf die soziale Realität und deren subjektive Wahrnehmung steht die informierte Öffentlichkeit mehrheitlich hinter den von der rumänischen Regierung eingeführten drastischen Sparplänen. Diesen Plänen liegt der Gedanke zugrunde, dass die Krise eine Folge des Eingreifens in die Gesetze des freien Marktes und der zu hohen Ausgaben des Sozialstaates sei.

Die Mehrheit der informierten Öffentlichkeit Rumäniens glaubt, dass die Krise die Europäische Union von Grund auf umgestaltet wird, auch wenn die Richtung der Veränderungen noch unklar ist. Dennoch befürworten die meisten Rumänen nach wie vor einen Beitritt in die Eurozone. Gleichzeitig ist aber auch die Meinung zu hören, dass der Beitritt solange hinausgezögert werden sollte, bis Rumänien sich wirtschaftlich den wichtigsten europäischen Staaten angenähert habe. Diese Annäherung müsste dann allerdings sehr viel solider sein als durch die formalen Maastricht-Konvergenzkriterien vorgegeben. Nachdem die Regierung zunächst lange Zeit mögliche Auswirkungen der Krise auf Rumänien leugnete, redete sie die aufkommenden Probleme anschließend klein, um sich allerdings zugleich um gesellschaftliche Unterstützung für einen drastischen Sparkurs zu bemühen. Die Führer der Opposition hingegen bauschten die Auswirkungen der Krise auf und kritisierten ausnahmslos jeden Schritt der Regierung, während die Mehrheit der informierten Öffentlichkeit, einschließlich der Intellektuellen und Journalisten, die Sichtweise einnahm, die globale Krise sei auf die Auswüchse des Wohlfahrtsstaats zurückzuführen. Diese Sichtweise wurde auch von der amtierenden christlich-demokratischen Regierung propagiert, die Sozialhilfeempfänger mit Begriffen wie »Bettler« und »Abzocker« bedachte.

Der Chef der sehr mächtigen rumänischen Zentralbank sah die Ursachen der Finanzkrise von Anfang an in der zu großen Geldmenge im Umlauf und den übermäßigen Ersparnissen auf globaler Ebene. Im Hinblick auf eine Lösung argumentierte er, dass Rumäniens Reaktion sich von der weiterentwickelter Volkswirtschaften unterscheiden müsse, weil Rumänien ein hohes Leistungsbilanzdefizit aufweise, weshalb das Land von einer Auslandsfinanzierung abhängig sei. Daher sprach er sich nachdrücklich dafür aus, dieses Defizit durch Sparmaßnahmen kontrolliert abzubauen, eine vom Markt verursachte »harte Landung« zu verhindern und das Vertrauen ausländischer Investoren in Rumänien zu stärken.

### Warnung vor einer unausweichlichen Abhängigkeit von ausländischen Banken und der Eurozone

Aufgrund der deutlichen Präsenz griechischer Banken und anderen griechischen Kapitals in Rumänien verfolg-

te die öffentliche Meinung die Situation in Griechenland mit großer Aufmerksamkeit. Viele Wirtschaftsexperten und Journalisten vertraten die Ansicht, die Rettungspakete für Griechenland würden auch erhebliche Auswirkungen auf das Nicht-Euro-Land Rumänien haben, weil die Banken und andere Kreditinstitute zu Zinserhöhungen oder gar zu einer Einstellung von Kreditvergaben gezwungen und die Wechselkurse steigen würden.

Sie kommentierten auch, dass mit der Halbierung der griechischen Schulden das Hauptproblem der Staatsschuldenkrise in Europa gar nicht in Angriff genommen würde, denn damit könne eine mögliche Ausweitung dieser Krise nicht verhindert werden. Ein hoher Zentralbankfunktionär äußerte die Ansicht, das Rettungspaket für Griechenland werde sich auf den rumänischen Arbeitsmarkt auswirken.

Es gab jedoch auch die optimistischere Sichtweise, dass das Rettungspaket und die Stärkung des europäischen Rettungsschirms die Finanzmärkte beruhigen würde, was die Angst vor einer Ansteckungsgefahr in der Region mindern und damit auch die stete Erhöhung der Kreditkosten bremsen würde. Andere Analytiker waren jedoch der Meinung, dass die Ausweitung des europäischen Rettungsschirms sehr viel höher als nur eine Billion Euro sein müsse, um die Investoren zu beruhigen.

Ein Zentralbankfunktionär erklärte, dass dem Rettungspaket für die europäischen Banken keine für alle Banken geltende Steuererhöhung folgen dürfe, weil damit die Schuld auf alle verteilt und auch die unschuldigen Banken bestraft würden. Er schlug stattdessen vor, geretteten Banken zu verbieten, Dividenden, Managerboni und Gehaltserhöhungen zu zahlen, bis die Rettungsgelder aus den Staatshaushalten zurückgezahlt seien.

Auch in Bezug auf eine griechische Zahlungsunfähigkeit scheinen die rumänischen Wirtschaftsexperten geteilter Meinung zu sein. Einige sind der Auffassung, dass die griechischen Banken in Rumänien in dem Fall verstaatlicht und kapitalisiert werden sollten, wohingegen andere der Meinung sind, dass eine solche Verstaatlichung viel zu teuer wäre und der rumänische Staatshaushalt sich dies nie leisten könne.

## Hohes Leistungsdefizit, bei einer mittleren, jedoch bereits belastenden Staatsverschuldung

Rumänien trat mit einer überhitzten Konjunktur in die Wirtschaftskrise ein. Die Finanzkrise war ein abrupter Einschnitt in die Periode hohen Wirtschaftswachstums in den Jahren 2004 bis 2008. Dieses Wachstum war auf massive Investitionen aus dem Ausland zurückzuführen. Die Krise stürzte die rumänische Wirtschaft von einem über siebenprozentigen Wachstum im Jahr 2008 auf einen wirtschaftlichen Rückgang von über sieben Prozent im Jahr 2009. Auch 2011 geht der Aufschwung nur zögerlich und mit Schwierigkeiten vonstatten, was unter anderem auf die harten Sparmaßnahmen zurückzuführen ist, die den Konsum erheblich drosseln (dieser ging allein im Jahr 2010 um 5,5 Prozent zurück).

Am härtesten betroffen von dem sinkenden Verbrauch und dem Mangel an Finanzierungsmöglichkeiten waren der Immobilienmarkt, das Bauwesen, der Einzelhandel und die herstellenden Industrien. Weitere Sektoren, die unter der globalen Krise und dem Konjunkturrückgang leiden, sind die Autoindustrie, das Verkehrswesen und das Hüttenwesen. Normalerweise die Wirtschaft belebende öffentliche Investitionen wie Infrastrukturprojekte wurden reduziert oder nicht weitergeführt.

Der Finanzsektor machte mit dem rasanten Anstieg der faulen Kredite zu Beginn der Krise, 2008 und 2009, eine schwierige Zeit durch. Die damals schon bestehenden Bankengarantiefonds reichten zwar zur Deckung der Verluste, aber die zusätzlich notwendigen Bürgschaften verschlechterten die Kapitalisierung der Banken und erschwerten die Vergabe neuer Kredite. Dennoch hatte der Finanzsektor keine schwerwiegenden Bankrotte zu verzeichnen, bei den Bankkunden brach keine Panik aus und auch der Wechselkurs blieb relativ stabil.

Die Staatsverschuldung ist (mit etwa 40 Prozent des BIP) verhältnismäßig niedrig. Aber obwohl sie noch unterhalb der Maastricht-Grenze von 60 Prozent liegt, sind einige Experten der Meinung, dass sie schon eine Höhe erreicht habe, die sich allmählich negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirke, vor allem weil die Kriterien für die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Stärke sehr variieren. Die Staatsverschuldung verdoppelte sich in weniger als vier Jahren und ist nach wie vor ein großes Problem.

Die Krise veranlasste die Regierung, gegen Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit vorzugehen, was bis jetzt noch nicht so recht von Erfolg gekrönt war. Chronische Probleme wie eine unzureichende Grundsteuer oder willkürliche Steuerbefreiungen wurden gar nicht erst angegangen. Größere Fortschritte wurden dagegen bei der Eintreibung von Steuerrückständen und lange fälligen Geldbußen erzielt.

Das Hauptproblem des öffentlichen Finanzsektors ist nach wie vor das Haushaltsdefizit, das 2008 geradezu explodierte und mit 8,5 Prozent seinen höchsten Stand erreichte (diese Zahl ist von Eurostat und liegt erheblich höher als die von der rumänischen Regierung angegebene). Politiker und Finanzexperten sind der Meinung, dass für 2012 ein Haushaltsdefizit von drei Prozent möglich sei, aber das muss sich erst noch erweisen.

## Die harte präventive Sparpolitik der Regierung verschärft die sozialen Probleme

Unter dem Druck der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise machte die rumänische Regierung tiefe Einschnitte bei ihren Ausgaben. Die Löhne im öffentlichen Dienst wurden um schwindelerregende 25 Prozent gekürzt, in einigen Bereichen womöglich noch mehr, rechnet man die Abschaffung einiger Prämienzahlungen mit ein. Das war ein wirklich harter Schlag gegen alle Staatsangestellten, insbesondere gegen die, die sowieso schon weniger als den Durchschnittslohn verdienten.

Als das Verfassungsgericht eine 15-prozentige Rentenkürzung verhinderte, bürdete die Regierung den Rentnern stattdessen einen Krankenkassenbeitrag auf. Zudem wurden andere Sozialleistungen abgeschafft oder gekürzt. Das Gesundheitswesen wurde verkleinert und steht gerade zur Privatisierung an (verglichen mit dem europäischen Durchschnitt machen sich die Rumänen erheblich größere Sorgen um ihre Gesundheitsversorgung).

Die Negativfolgen dieser Maßnahmen wurden weiter verschärft durch die Ineffizienz der Institutionen, die sie abfedern sollten. Weniger als 20 Prozent der rumänischen Haushalte, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, konnten einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung geltend machen. Die Vergleichszahlen für Deutschland

und Schweden liegen hier bei fast 50 Prozent und in der Tschechischen Republik und in Ungarn bei über 40 Prozent.

Nicht nur die rechte Regierung, sondern auch die Mehrheit der Analytiker und Journalisten interpretierten die Krise häufig als Folge von Eingriffen in die Gesetze des freien Marktes. Deshalb bestand eine der wichtigsten Reaktionen der Regierung auf die Krise in der Entscheidung, die wenigen sich noch im Staatsbesitz befindlichen Wirtschaftsunternehmen, die vor allem im Energie- und Infrastrukturbereich angesiedelt sind, zu privatisieren.

Die rumänische Post und andere große Energie- und Verkehrsunternehmen im Staatsbesitz warten noch auf eine Teilprivatisierung. Im Gesundheitswesen wird vermutlich radikaler privatisiert.

Zur Ankurbelung der Wirtschaft wurde das Arbeitsrecht zugunsten der Unternehmen verändert. Viele Rechte und Garantien in Bezug auf einzelne Arbeitsplätze oder Gewerkschaftsaktivitäten wurden gestrichen, was aber nicht zur erhofften Schaffung von Arbeitsplätzen führte.

Die Regierung versuchte, die Steuern zu senken, um die Wirtschaftsaktivitäten zu stimulieren, aber aufgrund des Haushaltsdefizits hatte sie hier kaum Spielraum. Darüber hinaus war die Regierung gezwungen, 2010 die Mehrwertsteuer um fünf Prozent (von 19 auf 24 Prozent) zu erhöhen, was die Konjunktur noch weiter abschwächte.

### Unterstützung für ein stärkeres Europa als Lösung für die globale Krise und auch für die chronische Krise im eigenen Land

Zahlreiche Kommentatoren, Analytiker und Journalisten, aber auch Politiker unterstrichen, dass Rumänien auf nationaler Ebene strengere Finanzbestimmungen brauche, um die Steuerhinterziehung und die Schattenwirtschaft zu bekämpfen und den Anteil der Staatseinnahmen am BIP zu erhöhen, der im Vergleich zum europäischen Durchschnitt noch immer niedrig ist. Die Regierungen der letzten beiden Jahrzehnte konnten in dieser Richtung keine Erfolge erzielen, und auch in absehbarer Zukunft ist hier nicht mit großen Fortschritten zu rechnen. Gerade das erhöht die Bereitschaft für strengere Wirtschafts- und Finanzverordnungen auf EU-Ebene.

Laut Eurobarometer vom Frühjahr 2011 halten die Rumänen die Europäische Union und ihre nationale Regierung für die Institutionen, die die wirksamsten Maßnahmen für die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise ergreifen könnten, während andere Europäer eher den IWF in dieser Rolle sehen. Auf die Frage nach den tatsächlichen Leistungen der einzelnen Institutionen bewerten die Rumänen die Effizienz der Europäischen Union sehr positiv, erklären aber ihre eigene Regierung als sehr ineffizient.

Die führenden Politiker Rumäniens bekundeten ihre entschiedene Unterstützung für eine einheitlichere Europäische Union und bekräftigten ihren Wunsch, der Eurozone beizutreten. Sie fürchteten, dass Rumänien in einem Europa der zwei Geschwindigkeiten immer weiter ins Hintertreffen geraten könne. Der Präsident selbst sprach sich nachdrücklich für eine gemeinsame Finanzpolitik aus, wobei er argumentierte, dass nicht einmal die mächtigen europäischen Länder im globalen Wettbewerb allein bestehen könnten.

Andererseits ließen einige Wirtschaftsanalytiker verlauten, dass eine wirkliche Finanzunion noch weitere Ausgabenkürzungen nach sich ziehen würde, was Regierungen von abhängigen Ländern wie Rumänien politisch nicht befürworten dürften. Außerdem besteht die allgemeine Sorge, dass die Einführung des Euros nicht die beste Maßnahme für eine schwache Wirtschaft sei, wie es der Fall Griechenlands zu beweisen scheint, auch wenn die Rumänen mit ihren beispiellosen Sparmaßnahmen eine große Fähigkeit zur Selbsteinschränkung unter Beweis stellen.

Als führende EU-Politiker erstmals die Idee einer Finanztransaktionssteuer ins Gespräch brachten, verkündete die rumänische Regierung, dass sie zum Schutz des rumänischen Finanzsektors zunächst analysieren wolle, ob sich eine solche Steuer negativ auf das rumänische Bankenwesen auswirken könne. Präsident Traian Basescu und Ministerpräsident Emil Boc vermieden es, einen klaren Standpunkt zu beziehen, während die Gewerkschaften dieses Vorhaben natürlich begrüßten.

Ende September 2011 machte die rumänische Zentralbank die vage Ankündigung, sie werde eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene mittragen, obwohl sie noch im Mai 2011 erklärt hatte, dass sie zwar mit einer europäischen Lösung für eine Besteuerung des Finanz-

systems einverstanden sei, allerdings eher in Form einer Gebühr als einer Steuer auf Transaktionen oder andere Finanzaktivitäten.

Darüber hinaus ließ die Zentralbank verlauten, dass die Einführung dieser Steuer nicht auf eine Maximierung von Steuereinnahmen, sondern auf eine Akkumulierung von außerbudgetären Mitteln für die Auflösung und Abwicklung von Banken abzielen müsse. Sie werde eine neue Steuer nur nach einer sorgfältigen Bewertung ihrer Auswirkung auf das Risiko von Bankenverlagerungen befürworten.

Die gesamte Krise hindurch hatte die Zentralbank stets versichert, dass das rumänische Bankenwesen robust, die Bankenaufsicht in Rumänien weitaus schärfer als im restlichen Europa und das Bankenausfallrisiko sehr niedrig sei. Die meisten Beobachter stimmten mit dieser Sichtweise überein, auch wenn ein hoher Vertreter des Bankensektors die Schaffung eines staatlichen Sicherheitsfonds für Banken forderte.

## Sehr hellenisches Stimmungsbild in der rumänischen Öffentlichkeit

In einer 2010 durchgeführten Befragung, wie die Rumänen die Krise in ihrem Land wahrnehmen und beurteilen, hatten etliche von ihnen (36 Prozent) keine Antwort auf die Frage »Wer ist Ihrer Meinung nach für die Krise auf globaler Ebene verantwortlich?« Zwölf Prozent gaben der USA/den Amerikanern die Schuld, sechs Prozent den Bankern/Banken und nur ein Prozent der EU. Aus einer 2011 durchgeführten Umfrage geht hervor, dass nur einer von drei Rumänen den »Westen« generell für die Krise verantwortlich macht, während dieser Anteil in der Slowakei bei 70 Prozent und in Ungarn bei 60 Prozent liegt.

Für die Krise im eigenen Land gaben 31 Prozent der Rumänen der amtierenden und 15 Prozent ganz generell Regierungen die Schuld, zehn Prozent dem Präsidenten, sechs Prozent der Politik/den Politikern, 4 Prozent dem Parlament/den Abgeordneten, drei Prozent den politischen Parteien, drei Prozent dem Ministerpräsidenten, zwei Prozent der globalen Krise/dem globalen Zusammenhang und nur ein Prozent den Banken (der Anteil derjenigen, die hier keine Antwort geben konnten, lag mit 13 Prozent wesentlich niedriger als bei der Frage nach der Schuld an der globalen Krise).

Laut einer im Juni 2010 veröffentlichten Gallup-Umfrage waren 65 Prozent der rumänischen Bevölkerung der Ansicht, dass die Armut in ihrem Land beträchtlich zugenommen habe. Das war nach Griechenland der zweithöchste Bevölkerungsanteil bei dieser Frage; der europäische Durchschnitt lag bei 38 Prozent. Zudem war in Rumänien der Bevölkerungsanteil am höchsten (69 Prozent), der glaubte, dass mehr als ein Drittel der Bevölkerung arm sei. Hier lag der europäische Durchschnitt bei 30 Prozent.

Die Zahl der Rumänen, die erklärten, sie seien ernsthaft von der Krise betroffen, verdoppelte sich nahezu innerhalb von zwei Jahren. Im Februar 2009 waren es noch 29 Prozent, im Februar 2011 schon 53 Prozent. Wiederum war es Rumänien, in dem der größte Bevölkerungsanteil (60 Prozent) angab, dass es immer schwieriger werde, die Kosten für die Gesundheitsversorgung aufzubringen. Hier nahm Griechenland mit 53 Prozent den zweiten Platz ein, während es drei europäische Länder gibt, in denen nur zehn Prozent oder weniger dies von sich erklärten.

Ebenso sind es die Rumänen und die Griechen, die sich die größten Sorgen über ihre Altersversorgung machen. In Rumänien glauben 54 Prozent, dass ihr Einkommen im Alter nicht für einen annehmbaren Lebensstandard ausreichen werde.

Die enormen Diskrepanzen in den Antworten aus den verschiedenen europäischen Ländern machen deutlich, dass die Krise sich auf die verschiedenen Regionen des Kontinents unterschiedlich auswirkte und dass sich in den subjektiven Wahrnehmungen der Menschen das Vertrauen in die Fähigkeiten ihrer Regierungen widerspiegelt, die Finanzkrise und ihre Folgen effizient zu bewältigen und für Stabilität zu sorgen.

## Politische Sichtweise und Haltung gegenüber der Krise

Vor dem Rettungspaket für Griechenland hatte der rumänische Präsident Traian Basescu die Unentschlossenheit der führenden europäischen Politiker der Eurozone in Bezug auf die Situation in Griechenland scharf kritisiert. Anschließend beharrten rumänische Politiker darauf, dass die Kapitalisierung der europäischen Banken nicht auf Kosten ihrer rumänischen Niederlassungen



erfolgen dürfe. Obwohl diese Forderung von den politischen Akteuren offensichtlich akzeptiert wurde, ist die Sorge über einen Abzug ausländischen Kapitals nach wie vor groß.

Auf der anderen Seite erklärte der rumänische Finanzminister Gheorghe Ialomițianu kürzlich, dass Rumänien nicht bereit sei, in den europäischen Bankenrettungsfonds einzuzahlen, weil es dieses Problem in Rumänien nicht gäbe. Auch führende Oppositionspolitiker erteilten der Idee eine Absage, die Banken auf Kosten der Bürger zu kapitalisieren, und beschuldigten die französische und deutsche Regierung, ihre Entscheidungen aufgrund anstehender Wahlen aus wahltaktischen Erwägungen zu treffen.

Rumänische Spitzenpolitiker brachten einerseits ihre Besorgnis über einen Abzug von ausländischem Kapital zum Ausdruck, andererseits aber auch ihre Hoffnung, dass die

ausländischen Banken nicht die Möglichkeit missbrauchen würden, Kapital aus ihren rumänischen Niederlassungen zu ziehen, nachdem sie in den guten Jahren vor der Krise hohe Gewinne erzielt hätten. Nach Ansicht zahlreicher lokaler und internationaler Beobachter und Journalisten kommt diese Hoffnung jedoch zu spät und wird sich kaum erfüllen (85 Prozent des rumänischen Bankensystems ist im Besitz ausländischer Banken).

Der rumänische Präsident rief zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa auf und begründete dies damit, dass Europa nur durch einen massiven Verzicht auf nationale Souveränität weiterhin eine wirtschaftliche und militärische Macht bleiben könne. Diese Idee stößt in Rumänien jedoch quer durch alle politischen Parteien, in zivilgesellschaftlichen und intellektuellen Gruppierungen sowie bei Funktionären und Beamten auf Widerstand, die ihren Aufgaben- und Machtbereich nicht eingeschränkt sehen wollen.



## Über den Autor

**Ciprian Şiulea** ist Journalist, Übersetzer und Autor eines Buches über rumänische Kultur und Ideologie. Er ist Mitbegründer der sozialkritischen Website CriticAtac.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationaler Dialog | Referat Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-6 | Fax: ++49-30-26935-9250  
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:  
[info.moe@fes.de](mailto:info.moe@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-027-5